

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturzen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 14

Altensteig, Samstag den 18. Januar 1930

53. Jahrgang

### Abchlussarbeiten im Haag

Liquidation der Vergangenheit

Haag, 17. Jan. Die Frage der Liquidation der Vergangenheit ist Freitag vormittag in beständigster Weise geregelt worden. Der vorgesehene Verzicht Deutschlands auf die Staatsforderungen und auf die Liquidationsüberschüsse, der bei Behandlung des Artikels 3 in Frage kam, ist hinfällig geworden und es ist auf die in dem Vorentwurf enthaltene dahingehende Erklärung von den Vertragsgegnern verzichtet worden, nachdem die sämtlichen Einzelabkommen in der Liquidationsfrage perfekt geworden sind. Bezüglich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens war durch die Hinterlegung des hierauf bezüglichen Teils des deutsch-polnischen Abkommens im Haag der Wunsch bekundet worden, es zu einem Teil des Haager Vertragswerks zu machen. Polen hat auf diesen Wunsch verzichtet. Das zunächst sehr zweifelhafte Abkommen mit Neuseeland ist geltend, dasjenige mit Italien heute vormittag in einer Besprechung zwischen Reichsminister Dr. Curtius und den italienischen Delegierten Mosconi und Vitelli zu einem Abschluss gekommen. Von italienischer Seite wird noch ein kleiner Uberschuss (5 Millionen Lire) ausgezahlt werden. Der Wegfall der besonderen Verzichtsklausel hat zwar keine große materielle Bedeutung, ist aber für die Liquidationsgeschädigten höchst wertvoll, deren Wunsch nach Aufrechterhaltung der Möglichkeiten damit erfüllt wird, die ihnen durch einen Generalverzicht abgeschnitten worden wären.

Zur Technik des Verfahrens ist zu bemerken, daß die verschiedenen Liquidationsabkommen mit Belgien, Italien, Polen, Australien, Neuseeland usw. an geeigneter Stelle des Schlußprotokolls lediglich historisch erwähnt werden, nicht aber den Charakter von Vertragsteilen annehmen.

Haag vor dem Ende

Haag, 17. Januar. Die beiden wichtigsten Punkte des Programms der Haager Konferenz, die Regelung des Sanktionsrechts und die Frage der Mobilisierung sind, nachdem die kleineren Angelegenheiten in jähem Ringen allmählich erledigt worden waren, nunmehr gleichfalls zum Ziele geführt worden. Die Sanktionslösung wird heute noch in der deutschen Öffentlichkeit umstritten, vornehmlich wohl aus zwei Gründen: einmal weil die Gewichtsverteilung in dem einzigen vorgesehene „äußersten Fall“ und dem wahrheitlichen, oder auch nur möglichen Verzugsfall, die gänzlich aus dem Reich eines sanktionsähnlichen oder eines Repressalienrechts herausgenommen worden sind, noch nicht richtig erkannt worden ist. Und zweitens deshalb, weil natürlich die Gegenseite das Bedürfnis hatte, ihren Verzicht auf das Sanktionsrecht des Verfallers Vertrages durch Hervorhebung eines gleichfalls ganz theoretischen Vorteiles zu verdecken. Aber selbst dieser nach französischer Auffassung errungene Vorteil des Einzelrechts auf Anrufung des Haager internationalen Gerichtshofes erscheint als ein auch für Deutschland günstiger Umstand, da es die endgültige Auflösung der ehemaligen alliierten Einheitsfront und die Veränderung der Nachkriegskonstellation der Kräfte begünstigt.

Wesentlich sind nun auch die in der heute erfolgten Vereinbarung bezüglich der Mobilisierung festgelegten Bestimmungen derart, daß sie beiden Seiten Vorteile bieten. Die Franzosen haben dadurch erreicht, daß die vermeintliche Gefahr einer Konkurrenzierung der Unterbringungsbedingungen für ihre geplante Auslegung der ersten Tranche der Reparationsanleihe ausgeschaltet wird. Für Deutschland ist aber damit die Sicherheit erreicht, — die andernfalls auf keiner Weise hätte beschafft werden können — daß die für Frankreich notwendigen großen Ansprüche an den internationalen Anleihemarkt den Geldbedarf der Reichsbahn und der Reichspost, der seit langem vorliegt, nicht zu behindern vermögen. Durch die Zwischenschaltung des Reiches als Anleihenehmer wird zugleich erreicht, daß den französischen Bestrebungen auf Schaffung irgend einer mittelbaren Haftung der Reichsbahn, also auf irgend welche Pfandrechte, der Boden entzogen ist. Die Bindungen, die deutscherseits eingegangen sind, sind also sehr genau und sehr eng begrenzt und alle generellen Verpflichtungen sind vermieden worden. Kurzfristige Anleihen, für die zurzeit freilich kein ersichtlicher Bedarf vorliegt, werden von dem Abkommen überhaupt nicht berührt. Das Abkommen bedeutet also eine vollkommen befriedigende Lösung und kann als ein erster Versuch zur Veroppelung beiderseitiger Finanzangelegenheiten Deutschlands und Frankreichs in Parallele mit den bereits bestehenden Interessenverbindungen der privaten Großindustrie weitreichende günstige Folgen nach sich ziehen.

Einigung in der Mobilisierungsfrage

Haag, 17. Januar. In der Mobilisierungsfrage ist heute abend nach 8 Uhr eine völlige

Einigung mit Geltungsdauer auf 1 Jahr erfolgt. Sie wird heute abend noch in einer um 9.30 Uhr beginnenden Sitzung zu Papier gebracht und dann den Juristen unterbreitet, die sie noch in der Nacht in eine geeignete Form gießen.

Die Änderungen im Reichsbankstatut

Haag, 17. Jan. In den das neue Reichsbankstatut betreffenden Fragen ist außer dem § 21 (gesetzliche Mitwirkung der Reichsbank an den Arbeiten der BZ.) noch eine weitere Änderung auf deutschen Antrag zustande gekommen, die den Zweck verfolgt, die deutsche Staatsautorität mehr zur Geltung zu bringen. Es handelt sich dabei um den Antrag, der bereits bei den Verhandlungen des Organisationsausschusses für die BZ. in Baden-Baden von den beiden deutschen Mitgliedern dieses Komitees, Staatssekretär Schäffer und Geheimrat Bode, gestellt worden war und der dahin geht, daß diejenigen Bestimmungen des Reichsbankstatuts, die international gebunden sind, bei einer deutschen Änderung auf einem verkürzten Instanzenweg revidiert werden können.

Die Ratifikation des Haager Abkommens

Haag, 17. Jan. Die Ratifikation des Haager Abkommens wird, da voraussichtlich die Vereinbarungen zwischen den Osmäkten vorläufig nicht perfekt werden, nach einem heute noch formell zu fassenden Beschluß lediglich durch die Großmächte erfolgen und zwar soll die Ratifikation durch Deutschland und vier Gläubigermächte geschehen, während Japan als fünfte Gläubigermacht erst später nachkommen kann, was sich aus der Entfernung und aus parlamentarischen Gründen erklärt. Japan hat diesen Vorschlag seinerseits gemacht, um die Inkraftsetzung des Vertrages nicht zu behindern.

Ein Havasbericht über die Einigung im Haag

Paris, 17. Januar. Ueber die heute erzielte Einigung in der Mobilisierungsfrage veröffentlicht die Agentur Havas aus dem Haag einen längeren Bericht, in dem nach Skizzierung des Abkommens in seinen Grundzügen gesagt wird, daß es sich hierbei um ein erstes praktisches Unternehmen der französisch-deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit handle, die so oft seit 1921 empfohlen worden sei. Zur Frage der Mobilisierung der ersten Tranche bemerkt der Bericht, das laufe praktisch darauf hinaus, die finanziellen Interessen Deutschlands mit den Gläubigermächten zu verbinden. Wenn man in Betracht ziehe, daß die Garantien militärischer, territorialer oder politischer Art durch allgemeine Garantien des deutschen Kredits ersetzt werden, könne man sich leicht vorstellen, was schließlich die praktische Mobilisierung eines ersten Teils der deutschen Schuld darstellt.

### Der Kampf gegen Schacht

Ein Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Berlin, 16. Jan. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab über seine Sitzung am Donnerstag nachmittag, an der auch der Reichstagsminister teilnahm, folgenden Bericht aus:

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag mit der Lage, die durch das Auftreten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Haag entstanden ist. Es herrschte völlige Einmütigkeit darüber, daß eine Reorganisation der Reichsbank, wie sie von Dr. Schacht durch mißbräuchliche Ausnutzung der Unabhängigkeit dieses Instituts etabliert worden ist, nicht ertragen werden kann. Der Fraktionsvorsitzende erwartet vom Reichskabinett, daß es sich nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus dem Haag mit der Frage beschäftigen wird, wie durch Verrückung des Reichsbankgesetzes die Freiheit der deutschen Geldschöpfung in Bezug auf die Personalfragen der Reichsbank ausdehnt erweitert werden kann. Mit der systematischen Drosselung der Kredite für die Gemeinden und der dadurch ständig wachsenden Beschäftigungslosigkeit wird sich in den nächsten Tagen eine kombinierte Sitzung der Vorstände der Partei, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befassen.“

Regierungsmündigkeit der Sozialdemokraten

Paris, 17. Jan. Der Berliner Vertreter des „Matin“ meldet, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung zum Rücktritt entschlossen seien. Obwohl von amtlicher Seite wie auch von der Sozialdemokratischen Partei nichts darüber bekanntgegeben werde, glaubt der Berichtsfasser auf Grund zuverlässiger Nachrichten versichern zu können, daß der Hauptausdruck des Verbleibens der Minister in der Regierung als unerwünscht erklärt habe. „Sie werden alle“, heißt es im „Matin“, „die erste beste Gelegenheit zum Rücktritt ergreifen, wahrheitsgemäß bei der Erörterung über die vom Finanzminister Rolfsbauer geplante Steuerreform. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion werde bei der Abstimmung einen Zwischenfall herbeiführen, um den Austritt ihrer Parteiminister aus der Regierung herbeizuführen.“

### Neues vom Tage

Genfer Besprechung zwischen v. Schubert und Jaleski

Genf, 17. Jan. Anlässlich der abgeschlossenen Ratstagung haben Besprechungen zwischen Staatssekretär von Schubert und dem polnischen Außenminister Jaleski über eine Anzahl schwebender Fragen stattgefunden, wobei weitgehende Übereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen festgestellt wurde. Was den Handelsvertrag angeht, so haben beide Herren ihren Regierungen empfohlen, die Delegationen in der kommenden Woche in Warschau wieder zusammenzutreten zu lassen. Die Besprechungen bezogen sich in erster Linie auf das sogenannte Liquidationsabkommen. Alle hinsichtlich der Auslegung dieses Abkommens aufgelauchten Zweifel und Mißverständnisse wurden dabei geklärt.

Wo sind die Skarek-Millionen?

Berlin, 16. Jan. Die Untersuchung gegen die Gebrüder Skarek gestaltet sich sehr schwierig. Bis jetzt mußten nicht weniger als 200 umfangreiche Aktenbände angelegt werden. Das Schwerkgewicht der Untersuchung liegt jetzt bei der Nachforschung nach dem Vermögen der Gebrüder Skarek. Es ist bekannt, daß sie es zu einem ansehnlichen Reichtum in ihrer Zusammenarbeit mit der Stadt gebracht haben. Leider fehlt in den beschlagnahmten Büchern jeder Hinweis auf den Verbleib des Vermögens. Jetzt steht nur, daß sie bestimmt der Stadt 10 Millionen abgenommen haben, von denen ein Teil ihren Helfern zugeflossen ist. Dennoch muß ein Rest von mindestens 8 Millionen Mark geblieben sein. Aber wo finden diese acht Millionen? Dieses Rätsel hat der Untersuchungsrichter bisher nicht lösen können.

Schurmanns Abschied von Stresemanns Grab

Berlin, 17. Jan. Der amerikanische Botschafter Schurmann, der in der kommenden Woche seinen Posten verlassen und nach Amerika zurückkehren wird, legte heute vormittag am Grabe des Außenministers Dr. Stresemann einen Kranz nieder. Der Kranz ist mit einer Kolette in den amerikanischen Farben und einer Schleife geschmückt, die folgende Widmung trägt: Jacob Gould Schurmann seinem verstorbenen Freunde. Im Anschluß besuchte der Botschafter das Geburtshaus Stresemanns.

Grubenunglück bei Beuthen

Bisher vier Tote geboren

Beuthen, 16. Jan. Am Nachmittag machte sich in Oberschlesien eine starke Erdschütterung bemerkbar, die auch in Königshütte jenseits der Grenze und weit im Westen von Beuthen bemerkt wurde. Als Folgeerscheinung sind einige Strecken und Pfeiler der Heintzarube, einer deutschen Gesellschaft, zu Bruch gegangen. Da die Belegschaft gefährdet war, ist sofort mit den Bergungsarbeiten begonnen worden. Die Revierbeamten und die Betriebsleiter haben festgestellt, daß etwa 22 Mann an der gefährdeten Stelle beschäftigt waren. Davon sind 10 Personen völlig unverletzt, 6 mit leichten Verletzungen lebend geborgen worden, die restlichen sechs Mann seien als verloren, 4 Tote sind geborgen.

Der Zusammenbruch der Havas

Frankfurt a. M., 17. Jan. Für den in der Geschichte des Versicherungswesens ganz beispiellosen Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. (Havas) wurde in der Gläubigerversammlung am Mittwoch in Frankfurt die erste finanzielle Bilanz gezogen. Der vorgelegte Liquidationsbericht des Rechtsanwalts Dr. Wallach ist eine eingelegte Anlage gegen die Verwaltung der Havas, und die Unverantwortlichkeit, mit der der aus den bekanntesten Bankiers zusammengesetzte Aufsichtsrat der Frankfurter Allgemeinen gehandelt hat, wird immer unheimlicher. Die Schulden betragen insgesamt 73,7 Millionen Mark. Diesen Schulden stehen verwertbare Aktien im Betrag von 15,8 Millionen gegenüber, so daß die Gläubiger nach der richtigen Lage mit einer Quote von 21,5 rechnen können. Diese Quote ist deshalb so gering, weil das Kernstück der Frankfurter Allgemeinen an den Stuttgarter Allianz-Konzern zu einem Preis verkauft worden ist, der allgemein von den Gläubigern für zu niedrig gehalten wird.

Kommunistenverhaftungen in Wilsbelmsbaben

Wilsbelmsbaben, 17. Jan. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wurden in den letzten Tagen dem Amtsgericht Wilsbelmsbaben einige Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet, die sich durch Verbreitung von Beschriften an die Mannschaften des Kreuzers „Emden“ und anderer Marinefahrzeuge Kräfte gemacht haben. Im Interesse der Untersuchung können im Augenblick weitere Mitteilungen nicht gemacht werden.

Nationalsozialist erstochen

Berlin, 18. Januar. Die „Deutsche Zeitung“ meldet aus Dessau: Der 21 Jahre alte Arbeiter Walter Kaufmann aus Dellnau wurde von dem Kommunisten Kurt Gründler auf der Kreisstraße zwischen Dessau und Oranienbaum mit einem Dolch erstochen. Der Täter ist entkommen. Die sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

# Württembergischer Landtag Hauptausprache zum Etat

Stuttgart, 17. Jan. Am die Hauptausprache zum Etat 1930 noch in dieser Woche abzuschließen, trat der Landtag Freitag nachmittag bereits um 2 Uhr wieder zusammen. Die Ausprache wurde fortgesetzt von

Abg. Bauer (SP.): Es ist anzuerkennen, daß der Etat soeben aufgestellt ist. Der Finanzminister möge aber Auskunft geben, welche Maßnahmen er treffen will, wenn der geschätzte Defizit von 2,5 Millionen nach Ablauf des Etatsjahres zu einem tatsächlichen wird. Die Durchführung einer Verwaltungsreform hat nur dann einen Wert, wenn man die Gehaltsmehrer einschränkt. Heute kennt sich in Deutschland kein Mensch mehr in den Verordnungen aus. Die Inflation ist bewacht von den Führern der Wirtschaft und der Politik herbeigeführt worden. In der Aufwertungsfrage sollten die Länder von rechts und links Bahr tun. In dieser Frage werde ich eine Reihe von Anträgen stellen. Ein trauriges Kapitel ist die Kapitalflucht ins Ausland. In der Frage der Lehrerbildungsreform solle trotz der Rücksichtnahme auf die Staatsfinanzen etwas Brauchbares geschaffen werden. Der Vorschlag kann in seiner heutigen Fassung unter keinen Umständen eine Dauerlösung der Reformationsfrage sein.

Abg. Dr. Brudmann (Dm.): Vom Kultministerium wünsche ich, daß der Sonderauschuss zur Beratung der Frage der Neuregelung der Hochschulgesetzgebung baldmöglichst einberufen wird. Der Durchbruch des Redaktionsrats bei Heilbronn sollte ebenfalls recht bald durchgeführt werden. Mit Redaktionsrat, das sich vorerst noch weigert, müssen neue Verhandlungen aufgenommen werden. Für die Erneuerung des Kulturbundes möge die Regierung wie früher auch in diesem Jahr einen Beitrag von 5000 Mark geben. In der nächsten Zeit wird die demokratische Fraktion den Entwurf eines neuen Verfassungsentwurfes als Initiationsgegenstand im Landtag einbringen. Es müssen kleinere Wahlkreise geschaffen werden. In der Frage der Beurteilung der Wirtschaftspolitik stimmen wir mit der Deutschen Volkspartei weitgehend überein. Durch eine enge Zusammenarbeit können wir dieses Problem stärker fördern. Alles was in den Zeitungen in den letzten Tagen über persönliche Aspirationen stand, läßt uns kalt. Vor uns steht die Pflicht, der Zersplitterung abzuwehren. Wir bedauern das Auseinanderfallen des Bürgertums. Es darf nicht so weit kommen, daß keiner mehr den andern versteht. Wir sollten nicht Spott, sondern Dank ernten, wenn wir den Versuch einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien machen. Böllig ferne liegt uns aber, einen Bürgerkrieg mit der Spitze gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Wir wollen der Wirtschaft auf unserem Weg dienen, wie es die Gewerkschaften auf ihrem Weg tun. Ueber die Frage des Eintritts in die Regierung kann ich heute nicht viel sagen. Darüber wird unsere Partei in den nächsten Tagen entscheiden. Ich selbst glaube, daß wir in der Oppositionsstellung in der nächsten Zeit wenig Gelingen haben, produktive Arbeit zu leisten. Wir sollten versuchen, durch Mitarbeit in der Regierung unsere Ziele, wie sie in unseren Richtlinien festgelegt sind, durchzusetzen. Den Klassenkampf vermeiden wir. Bei der Frage der Lehrerbildungsreform müssen wir uns ernsthaft mit der Finanzverwaltung auseinandersetzen. In der Wirtschaftspolitik muß vor allem auch dem Techniker die gebührende Stellung zugewiesen werden. Es wäre ein Segen wenn die bürgerlichen Parteien sich zusammenschließen würden. (Bravo bei der Deutschen Volkspartei.) Nur in der Zusammenfassung, in einer Verminderung der Parteien, liegt die Möglichkeit zu einem wirtschaftlichen Aufstieg.

Abg. Wergenhäfer (NS.): Die Ausgaben für den Ausbau der Technischen Hochschule bringen eine Gefahr für die anderen Schulen mit sich, die dann zurückfallen müssen. Die großen Städte können viel mehr aus dem Großen wirtschaften als die kleinen Gemeinden. Das Landeshaushalt ist eine brauchbare Grundlage. Eine weitergehende Konfessionalisierung der Volkshochschulen wäre aber abzulehnen. In der Frage der Regierungsbildung sollte auch dem Regierungssitz aus etwas gesagt werden. Im Lande würde es nicht verstanden werden, wenn Finanzminister Dr. Dehlinger, der die Staatsfinanzen so in Ordnung erhalten hat, der Regierungsbildung zum Opfer fallen sollte. Durch die Vorschlagskosten wird auch der württ. Etat aufs schwerste bedroht. Die württ. Regierung hat jetzt keinen Grund zu einer Umbildung. Die kleineren Gruppen haben ihr immer noch geholfen.

Abg. Keil (S.): Die Rede des Abg. Dr. Brudmann hat unsere Erwartungen nicht voll befriedigt. Er hat über die Stellung der Demokratischen Partei zur jetzigen Regierung keine so klare Auskunft gegeben, wie es früher der leider erkrankte Abg. Scheef getan hat. Statt dessen hat der Abg. Brudmann viel über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei geredet. Als Vertreter dieser Generaldebatte steht das Wort: „Abwarten“. Der Redner des Christl. Volksb. hat diesmal oppositioneller geäußert als sonst. Der Christl. Volksbündel hat nämlich im Fall einer Regierungsbildung keine Stelle als Stütze der Regierung ausgespielt. Nichts hätte man von der württ. Verwaltungsreform, nichts von der Stellung der württ. Regierung zur Reichsreform, nichts von der Stellung der Regierung zum Vorschlag. In der Frage des 8. Schuljahres ist Württemberg am rückständigsten. Trotz aller Anfeindungen hat die jetzige Reichsregierung Müller die Bezeichnung der Rheinlande erreicht. Dies geschah unter sozialdemokratischer Führung. Es ist daher unerhört, zu sagen, daß die Sozialdemokratie nicht führen könne. Ob das deutsche Volk die Lasten des Vorschlages auf die Dauer tragen kann, beweisen wir. Hier handelt es sich darum, für das deutsche Volk eine Lebensmöglichkeit für die Gegenwart und die nächste Zukunft zu schaffen. Was in zehn und in fünfzig Jahren sein wird, möge die Zukunft regeln. Die Politik des württ. Zentrums ist ganz arbeitlerfeindlich. Wir haben in Württemberg kein Zentrum mehr, sondern nur noch einen katholischen Bauerbund (Widerstand beim Zentrum). Wenn die Demokratische Partei in diese württ. Regierung eintritt, dann ist Dr. Basile der Sieger geworden. Bei der nächsten Wahl werden wir Abrechnung halten (Zuruf des Staatspräsidenten Dr. Holz: Wir sind auch bereit).

Wirtschaftsminister Dr. Weserte: Die Vorwürfe betr. die Arbeiterfeindlichkeit der württ. Regierung muß ich zurückweisen. Wir waren bestrebt, die Reichsfinanzen noch weiter herabzubringen. Es war durchaus berechtigt, daß in Württemberg ein Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung an die Spitze der württ. Landesversicherungsanstalt berufen wurde. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft ist an den Landesversicherungsanstalten Deutschlands ausreichend beteiligt.

Abg. Dr. Höfcher (SP.): Die schlimme Lage der Wirtschaft offenbart sich in der großen Arbeitslosigkeit. Die württ. Eisenindustrie kann kaum mehr an das Ausland verkaufen, weil die ausländische Konkurrenz bis zu 3 Jahren Kredite gibt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen erkennen, daß sie heute auf Geduld und Verstand miteinander verbunden sind. — Samstag Abbruch der Hauptausprache zum Etat.

## Aus Stadt und Land

Altensteig, den 18. Januar 1930.

Stadtkapelle. Am morgigen Sonntag schließt die hiesige Stadtkapelle den Reigen der Weihnachtsveranstaltungen. Das Sprichwort: „Ein schöner Schluß zielt alles“, wird diesmal durch das wirklich auserlesene Programm noch mehr Bedeutung erhalten, kommt doch neben sonstigen wertvollen musikalischen Genüssen die jugige Operette „A n e n n e n v o n T h a r a u“ zur Aufführung. Ein volles Haus ist der rührigen Stadtkapelle von allen Kreisen zu wünschen.

Die Industriebelastung. Die Reichsregierung hat eine Verordnung über die Jahresleistungen nach dem Aufbringungsgehalt für das Kalenderjahr 1930 veröffentlicht. Danach haben die ausbringungspflichtigen Unternehmer die Hälfte der Aufbringungsleistungen für 1930, d. h. 3,25 vom Tausend des ausbringungspflichtigen Betriebsertragens, auf Grund neuer Befehde, die ihnen in nächster Zeit zu gehen werden, bis zum 20. Februar an die Finanzämter zu entrichten. Das Umlegungsverfahren ist auch in diesem Jahre geboten, weil die auf Grund des geltenden Rechts zum 1. April fälligen Zins- und Tilgungsbeträge aus der Industriebelastung rechtzeitig bereitgestellt werden müssen. Ob die Erhebung des zweiten Teilbetrages der Jahresleistungen noch erforderlich werden wird, läßt sich aus den allgemein bekannten Gründen noch nicht übersehen.

An Fabian und Sebastian. „An Fabian und Sebastian (20.) soll der Saft in die Bäume gahn“, heißt eine alte Bauernregel. Dies ist wörtlich zu nehmen. Bei vielen Bäumen findet der Saftausstieg früher statt, bei manchen später. Die Witterung ist auch hier von ausschlaggebender Bedeutung. Ist die Witterung an Fabian-Sebastian mild, dann gilt dies als ein Zeichen, daß der Frühling noch in weiter Ferne ist. Im übrigen gilt der Fabianstag als Wendepunkt im Naturleben. Von Fabianus wissen wir, daß er in den Jahren 238 bis 250 den päpstlichen Stuhl innehatte. Zu Beginn der Decianischen Christenverfolgung erlitt er den Märtyrertod.

Württembergische Volkshöhe. Am kommenden Donnerstag kommt in Ragold der dreiköpfige Schwanz „Stieglich“ von Arnold und Bach zur Aufführung, ein recht harmloses und dabei überaus komisches Stück, das auf hunderten von Bühnen bereits seine Durchschlagskraft bewährt hat. Die Spielleitung hat Richard Callenbach, der auch die Rolle des Titelfeldens übernommen hat. Weiter sind beschäftigt die Damen: Ibert, Heinemann, Nansen, Schumann, Senfert und Wolff und die Herren: Bittler, Funke, Neumeister und Thureau. Das Bühnenbild ist von Erich Hermann-Webau.

### Bericht über die Gemeinderatsitzung vom 4. Januar 1930

Abwesend: G. H. Hennefarth, Schneider, Zimmermann, Walz, Adermann. Eine Aufwertungspläne der Stadtgemeinde werden auf Ersuchen an ihrem Guthaben 250 R. M. zur Auszahlung außerordentlich verwilligt. — Von den Bau- und Lageplänen des von Friedrich Günther, Maurers hier, bei der Wallstühbrücke geplanten Wohnhausneubaus wird Kenntnis genommen und dem Günther ein Bauplatz mit 16 Meter Straßenfront (vordere Grenze: nordwestliche Seite des Gerätehauses, hintere Grenze: alte Uferlinie) zugesichert. — Es liegt ein Gesuch vor, nach welchem der Gemeinderat gebeten wird, eine vom Stadtschultheißenamt verhängte und vom Oberamt durch Beschwerdeabweisung bestätigte Geldstrafe von drei Mark aus besonderen Gründen nachzulassen. Der Gemeinderat hält sich jedoch zum Erlassen der Strafe nicht für berechtigt. — Fortmüller Aufschler bringt vor, er habe mit den städtischen Holzhauern schon vor längerer Zeit über den Abschluß des Holzhausertragsvertrages verhandelt. Dabei habe er, sowohl für die Holzhauer der hinteren, als der vorderen Stadtwaldungen, die vom Staat nach Tarifklasse I den Holzhauern verwilligten Löhne den Verhandlungen zu Grunde gelegt. Die Holzhausertragsverträge für die hinteren Stadtwaldungen sei aber mit diesen Löhnen, die eine Ermäßigung der bisher bezahlten Löhne bedeuten, nicht einverstanden. Er bitte um Mitteilung der Stellungnahme des Gemeinderats. Bei der Beratung kommt zum Ausdruck, es sei schon bisher der Einwand bestanden, daß die für die Holzhauserarbeiten im Stadtwald bezahlten Löhne unverhältnismäßig hoch seien. Die ganz außerordentlich geringen Waldentnahmen lassen eine ungewöhnlich hohe Belohnung der Waldarbeiter nicht mehr zu. Richtigfalls sollte wieder zu der früheren Uebung, die Waldarbeiten jedes Jahr im Submissionsweg zu vergeben, zurückgekehrt werden. Nach längerer und eingehender Beratung wird sodann beschlossen, das städtische Forstamt zu ermächtigen, bei den Verhandlungen zum Abschluß des Holzhausertragsvertrages für den gesamten Stadtwald, die staatlichen Holzhausertragsverträge nach Tarifklasse I zu Grunde zu legen. — Zwei Personen haben um ein Zeugnis zur Erlangung des Armenrechts gebeten. Den Gesuchen wird stattgegeben. — Die Firma Leutz Moser, Gerberei hier, beabsichtigt, ihre bisherige Grubenanlage im Anschluß an den alten Grubenraum um 18 Gruben zu erweitern und den ganzen Grubenraum zu überbauen. Ueber dem Grubenraum soll ein Troden- und Lagerhaus eingerichtet werden. Während der öffentlichen Auslegung der Pläne wurden die Einwendungen gegen das Baugesuch nicht erhoben, auch der Gemeinderat spricht sich heute dahin aus, daß Einwendungen gegen das Baugesuch nicht zu erheben sind. — Der mit der Gemeinde Altensteig-Dorf und der Stadtgemeinde Bernsdorf die Errichtung einer hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule abgeschlossene Vertrag wird genehmigt. — Der hauswirtschaftlichen Schule wird auf Ersuchen zur Bekleidung kleinerer Unkosten, Beschaffung von Fleisch etc. ab 1. Oktober 1929 ein monatlicher Beitrag von 10 Mark verwilligt. — Auf Ersuchen wird einem Bedürftigen die Weihnachtsgabe von 6 Mark nachträglich gewährt. — Dem Gemeinderat wird davon Kenntnis gegeben, daß das Ministerium Abt. für das Hochbauwesen den Bezirksratsbeschlusses über die geplante Verringerung der Baulinie am Marktplatz außer Wirkung gesetzt hat, mit der Begründung, daß diese Baulinienänderung nur bei überwiegenden Gründen des öffent-

lichen Wohls zugelassen werden könnte. — Auf ein Schreiben des Bundes für Vogelschutz soll die Stadtgemeinde als Mitglied bei dem Bund angemeldet werden. Demselben wird ein Beitrag von jährlich 3 Mark aus der Stadtkasse verwilligt. — Der Vorsitzende ersucht den Gemeinderat, sich darüber auszusprechen, ob nicht zur Bekämpfung des Holzdiebstahls aus Anlaß des Fadelns darauf ausgegangen werden soll, daß wieder, wie früher, nur ein Höhenfeuer gemacht werden soll. Nach längerer Ausprache erklärt sich die Mehrheit des Gemeinderats dafür, daß die drei Höhenfeuer möglichst beibehalten werden sollen. Als Platz für das dritte Höhenfeuer soll der über dem bisher benützten gelegene freie Platz angewiesen werden. (Wie uns vom Rathaus mitgeteilt wird, hatte die Polizei wohl den alten Platz des dritten Höhenfeuers verboten, sich aber, allerdings reuhallos, bemüht, einen anderen Platz anzumessen. Die Schriftl.) — Es liegt ein Gesuch vor um Gewährung eines niederösterreichischen Staatszuschusses zur Bekleidung von Gebäudereparaturkosten. Bei dem Gesuch ist Voraussetzung, daß auch die Stadt ein entsprechendes Darlehen etc. gewährt. Es wurde deshalb beschlossen, zu den auf 2500 Mark berechneten Kosten, aus der Stadtkasse ein Darlehen von 300 Mark, auf die Dauer von 2 Jahren, verzinslich zu 5 Prozent, zu gewähren.

Ragold, 18. Januar. (Jäger Tod.) Bei einer Fuchsjagd in den Ragolder Waldungen fand Alfred Reclam gestern einen J a h e n T o d. Nach der Treibjagd auf einen Fuchs, an der sich verschiedene Herren beteiligten, fand man etwa um 1/5 Uhr den in Jägerkreisen sehr beliebten Alfred Reclam mit einem Schuß durch Nieren und Milz tödlich getroffen vor. Er zeigte nur noch schwache Lebenszeichen und verschied nach einer Viertelstunde. Man fand ihn liegend vor und die Umstände lassen darauf schließen, daß er sich gefetzt hatte, um seine Pfeife anzuzünden. Dabei muß sich das ungeführte Gewehr entladen haben.

Calw, 17. Januar. Stadtschultheiß Göhner hat einen Jahresbericht der Stadtverwaltung Calw für 1929 veröffentlicht. In der geistigen Gemeinderatsitzung wies er auf diesen Bericht hin und berührte dabei auch die Erklärungen des Finanzministers Dr. Dehlinger bei der Einbringung des württ. Finanzetats. Der Finanzminister habe bestritten, daß er die Gemeinden beim Steuerausgleich nicht gebührend berücksichtigt. Diese Erklärung sei richtig und unrichtig. Es sei Tatsache, daß den Gemeinden an Reichsteuern nicht so viel überwiesen werde, als ihnen gebühre, daß der Staat für sich selbst Reichsteuern zurückhalte und den Gemeinden verhältnismäßig geringe Auslagen zuweise. Dadurch werden die Gemeinden einerseits zur Erhöhung der Gemeindeumlagen gezwungen, andererseits allerdings auch zum Sparen angehalten. Die Reichsteuern werden vom Staate gesenkt, aber dadurch auch die Gemeinden veranlaßt, zur Erledigung der Gemeindeaufgaben mit den Gemeindefeuern hinauszugehen. Der in Aussicht gestellte neue Finanz- und Lastenausgleich werde heftigst so gestaltet werden, daß den Gemeinden die Luft zum Leben bleibe. — Der Waldnutzungsplan steht für das laufende Jahr als Hauptplanung 1882 Hm. und als Nebenplanung 406 Hm. vor. Der außerordentliche Holznieß für Zwecke des Schulhausbaues ist jetzt ausgegliedert. Ob eine Erhöhung der Jahresausgabe möglich ist, soll eine Neuaufnahme des Raumbestandes zeigen. — Anträge auf Gewährung von Baudarlehen sind fünf gestellt. Die Wohnungskreditanstalt hat zwar mitgeteilt, daß bei den beschränkten Mitteln nur noch Gesuche von Kinderreichen, Schwerkranken, Schwerbeschädigten und Obdachlosen berücksichtigt werden können. Trotzdem werden die vorliegenden Anträge befürwortet, da die Wohnungskreditanstalt vielleicht weitere Mittel erhalte und jedenfalls den Wohnungsbau zu fördern habe. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt etwas über 100. Dieselben werden abwechselungsweise bei den laufenden Geschäften der Stadt beschäftigt. Die Hauptschwierigkeiten sind überwunden. Größere Kostensparungen können wegen Geldmangel nicht ausgeführt werden. — Die technischen Werke haben mit der Petroleumgesellschaft den Kauf von einem Wagen Gasöl zu dem billigen Preis von 9,90 Mark für 100 Kg. abgeschlossen. — An Neubauten sind bis jetzt zwei Wohnhäuser angemeldet. Die Stadt selbst muß auf Erstellung neuer Wohnhäuser verzichten, da zunächst kein Bedürfnis vorliegt und der Stadt keine Eigenmittel zur Verfügung stehen. Sie wird aber Mittel ansammeln zu dem Ausbau des neuen Schulhauses und zur Erstellung einer Höhenwasserleitung.

Reutlingen, 17. Jan. (Vom Bezirkskrankenhaus a. u. s.) Die Amtsversammlung hat den Erweiterungsbau zum Bezirkskrankenhaus für 120 Betten endgültig beschlossen. Die Regierung verlangt indessen die Genehmigung der Schuldaufnahme mit 1,23 Millionen M.

Blödingen, 17. Jan. (Verbandstag.) Am Sonntag, 2. Februar, findet im Festsaal des Hotels zur Eisenbahn der außerordentliche Verbandstag der Gewerbevereine statt. Universitätsprofessor Dr. Zellmer-Heidelberg wird sprechen über „Wahlrechtsreform im Rahmen der Reichsverfassung“.

Geislingen, 17. Jan. (Tödlicher Unfall.) Auf der Tälesbahn hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Als der von Wiensteig herkommende erste Frühzug in die Station Hausen einfuhr, sprang ein 27jähriges Mädchen aus Unterbüchringen über die Gleise. Sie konnte diese zwar überqueren, wurde aber noch von der Lokomotive erfaßt und ein Stück weit geschleift. Die Verunglückte wurde mit dem Zug nach Altenstadt gebracht und ins Krankenhaus übergeführt, wo sie ihren schweren Verletzungen erliegen ist.

Stuttgart, 17. Jan. (Gründungsversammlung.) Zur Vorbereitung der Gründung einer Landesgruppe Württemberg der Deutsch-Französischen Gesellschaft fand auf Einladung eines vorbereitenden Ausschusses, an dessen Spitze der Generaldirektor der Deutschen Vinoleumwerke in Bietenheim, Dr. Heilner-Stuttgart, steht, im Hause des Deutschen ein Diskussionsabend zwischen dem ersten Vorsitzenden der Deutsch-Französischen Gesellschaft Berlin, Dr. Otto Grautoff, und dem französischen Professor Henry Jourdan, zurzeit in Berlin, über das deutsch-französische Problem statt. Aus der Diskussion ist hervorzuheben: In Frankreich wie in Deutschland spielen Schlagworte eine große Rolle, daß Deutschland ein barbarisches und Frankreich ein dekadentes Volk sei. Weder das eine noch das andere stimmt. Es gibt in Deutschland wie in Frankreich Vollnaturen, wie auch feine, zarte, brüchige Menschen. Frankreich ist nicht niedrigerstehender als Deutschland, es ist einfach anders. Vieles trennt die Deutschen und die Franzosen, aber vieles verbindet sie auch. Als Vorsitzender der neuen Gesellschaft wurde Generaldirektor Heilner gewählt. Es haben sich sofort über 100 Mitglieder angemeldet.



Der neue Chefarzt, Professor Dr. Beckmann hat sein Amt als leitender Arzt der inneren Abteilung des Katharinenhospitals angetreten.

Unterstützungen. Der Württ. Kriegerbund hat im Jahre 1929 für Unterstützungen an Mitglieder 68 195 Mark ausgegeben.

Kein Anwärterbedarf bei der Post. Die Oberpostdirektion Stuttgart teilt mit: Da der verhältnismäßige geringe Bedarf an Beamtenanwärtern aus dem vorhandenen, nicht beamteten Personal gedeckt werden kann, kommt eine Neueinstellung von Kräften zurzeit nicht in Frage.

Wechselseitige Brandhilfe. Die Verwaltungskommission der Württembergischen Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens beabsichtigt die Einleitung von Verhandlungen wegen wechselseitiger Brandhilfe zwischen Württemberg und Baden. Augenblicklich finden Besprechungen statt. Nach den zu treffenden Vereinbarungen soll weder für die persönlichen Dienste, noch für die Kosten der Hin- und Rückbeförderung der Löschgeräte eine Entschädigung verlangt oder gewährt werden.

Grensbach, 16. Jan. Zwei prächtige Zehnderhirsche sind kürzlich bei einer Jagd in Kaltenbronn erlegt worden.

Am die Regierungsbildung

Die Haltung der Demokraten

Stuttgart, 17. Jan. Das „Süddeutsche Korrespondenzbüro“ meldet: Die Regierungserweiterung in Württemberg durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei geht doch nicht so programmäßig vorwärts, wie man in den Kreisen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei, die unter allen Umständen in die Regierung Holz-Bazille hinein wollen, es erwartet hat. In der Deutschen demokratischen Partei sind es Handwerk und Hausbesitz, von dem der Druck auf die Parteileitung ausgeht, ihren Vertrauensmann, Rechtsanwalt Dr. Reinhold Maier (Stuttgart) in die Regierung zu senden. Auch dann, wenn nicht, wie angestrebt, das Finanzministerium für ihn freigemacht wird, würde sich dieser keine Kreise begnügen und mit dem Wirtschaftsministerium vorlieb nehmen. Da aber die Meinung des Handwerks und Hausbesitzes schon innerhalb des engeren Parteivorstandes und der Landtagsfraktion große Bedenken ausgelöst hat, die auch heute in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Landtagsfraktion unabweisbar zum Ausdruck kamen, soll nun am nächsten Sonntag die Landesvertreterversammlung über diese Frage gehört werden und entscheiden. Neben den Abgeordneten Karl Hausmann und Henne ist nur Geheimrat Dr. Brudmann für den Eintritt der Partei in die Regierung. Wie wir von wohlinformierter Seite hören, hat sich der württembergische Senator der Partei, Geheimrat Payer, gegen den Eintritt in die Regierung ausgesprochen.

Diese Meldung, die durch einen Vertrauensbruch aus der Tagung des Parteivorstandes und der Landtagsfraktion bekannt wurde, schließt die Lage innerhalb der demokratischen Partei wohl zureichend. Die Entscheidung über den Eintritt der demokratischen Partei fällt also am Sonntag.

Unterstützungen eines Verwaltungsoberinspektors

Donauwörth, 17. Jan. Der bei dem Truppenamt des hiesigen Ausbildungsdistrikts tätige, verheiratete Verwaltungsoberinspektor Rilian wurde unter dem Verdacht der Urkundenfälschung und der Amtsunterstützung ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Es soll sich um einen Betrag von 4000 Mark handeln.

Altensteig-Stadt

Baudarlehen

Nach einer Bekanntmachung der Württ. Wohnungskreditanstalt sind Gesuche um Baudarlehen durch Vermittlung des Stadtschultheißenamts bis spätestens 1. März 1930 bei derselben einzureichen. Hierauf wird hingewiesen mit der Aufforderung, evtl. Baudarlehen Gesuche mit den erforderlichen Unterlagen (Pläne, Kostenberechnung, Finanzierungsnachweis) in aller Eile hier anzubringen.

Den 30. Dezember 1929.

Stadtschultheißenamt: Pfizenmaier.

Wegen Wegzug verkaufe ich meine

Wiese

bei der Rehmühle. Es kann jeden Tag ein Kauf abgeschlossen werden.

Witwe Harr, Michelberg.

Ein kräftiger, aufgeweckter

Junge

der das Schreinerhandwerk gründlich erlernen will, kann sofort oder aufs Frühjahr eintreten bei

Christian Mall, Möbelschreinerei, Ebhausen.



Der Welfenschatz

Der Welfenschatz verkauft

Wie verlautet, ist der Welfenschatz an ein Kunst-Konjortium in Frankfurt a. M. verkauft worden.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Kohl und Schüle W. Kirchheim n. T. — 10. Pros. Dividende. Wir wir hören, beabsichtigt die Gesellschaft, wenn auch die Jahreserträge die gleiche Dividende wie im Vorjahr zulassen würden, im Interesse einer kontinuierlichen Dividendenzahlung in den künftigen Jahren für das abgelaufene Geschäftsjahr der G. K. nur eine Dividende von 10 (i. H. 12) Pros. vorzuschlagen. Der Geschäftsgang wird als befriedigend bezeichnet.

Amerikanisches Urteil über die deutsche Wirtschaftslage. Der Berliner Handelsattaché Groves sagt in seinem Bericht an das Handelsamt, obgleich die deutsche Wirtschaftslage im wesentlichen gesund und der Ausblick in die Zukunft ermutigend sei, seien doch die Klagen der Geschäftswelt über hohe Steuern, Verteilung des Kreditmarktes, Abnahme des heimischen Warenverbrauchs und geringe Ausfuhrerlöse berechtigt.

Börzen

Berliner Börse vom 17. Jan. Zu den ersten Kursen tendierten Spezialwerte ausgesprochen schwach, während die Rückgänge bei den übrigen Papieren sich allgemein im Rahmen von 1 bis 3 Prozent hielten. Die Stimmung wurde vor allem von innerpolitischen Belästigungen beeinflusst und das Fehlen der Auslandsorders ließ stärkere Rückgänge zu. Neben Schiffahrtswerten fielen durch Abwärtsbewegungen Bemburg minus 10, Volanbon minus 9, Reichsbank minus 5,5 Prozent auf. Der recht dünne Reichsbankausweis per 15. Januar bewirkte eine leichte Erholung. Die Gesamtentlastung beträgt 483,3 Millionen, im einzelnen haben die Bestände an Wechseln und Schecks um 478 Millionen, an Reichsbankwechseln um 23 Millionen abgenommen, während die Lombards eine Zunahme um 16 Millionen erlitten. Der Notenumlauf verringerte sich um 417 Millionen und die Deckung verbesserte sich um 5 bis 6 Prozent auf 54,5 bzw. 64 Prozent. Die Erholung betrug nur bei einigen Spezialwerten mehr als 1 Prozent, Bemburg und Salzdorf wurden bis zu 3 Prozent. Auf neuerliche Abgaben nach dem Niveau später aber wieder bis unter Anfangs nach. Aufleihen anfangs schwächer, Devisen eher ansehnlicher, Schweiz schwach, Spanien fester. Geld zu anziehenden Sätzen etwas geuchter.

Konkurse

Alfred Dietrichkeit, Ingenieur in Stuttgart, Alleinhaber der Fa. A. Dietrichkeit, Ingenieur, sanitäre Anlagen, Heizungen in Stuttgart. Gottlob Schmaloder, Schreinermeister in Dornstetten.

Rundfunk

Sonntag, 19. Jan.: 6.15 Uhr Morgengymnastik, 11.15 Uhr Katholische Morgenfeier, 12 Uhr Promenadenkonzert, 13 Uhr Schallplatten, 13.30 Uhr Großes Klavierkonzert, 14.15 Uhr Stunde der Jugend, 15 Uhr „Unjete Heimat“, 16.30 Uhr Unterhaltungskonzert, 18 Uhr „Rundfunk und Reduktion“, 18.30 Uhr Dichterkunde: Wilhelm v. Scholz, 19 Uhr Die Kirche der Zeit — Randbemerkungen zur Kirchendankfest der Gegenwart, 19.15 Uhr Sportfunk, 19.30 Uhr Volkstümliches Konzert: Richard Wagner, 20.45 Uhr Vom Strickstrumpf bis zum Führerschein, 21.45 Uhr Nachrichten, anschließend Sportbericht, 22.15 Uhr Kleine Stücke für Cello, 23 Uhr Tanzmusik.

Montag, 20. Jan.: 6.45 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 14.15 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 16 Uhr Nachmittagskonzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, Bericht des Landesarbeitsamts, 18.05 Uhr Vortrag: Volkstümliche Streifen durch Lothringen, 18.35 Uhr Sortenwahlen der Hauptfruchtarten in der Landwirtschaft, 19.05 Uhr Engl. Sprachunterricht, 19.30 Uhr 7. Montagskonzert, 21.30 Uhr Unterhaltungskonzert, 22.30 Uhr Nachrichten.

Letzte Nachrichten

Das Reichsbankgesetz gesichert

Haag, 17. Januar. Die aus dem Haag verbreitete Meldung, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Neufassung des Reichsbankgesetzes abgelehnt habe, hat keinen materiellen Hintergrund. Das Reichsbankgesetz ist unter Dach und Fach. Eine Zustimmung des Reichsbankpräsidenten ist dazu nicht mehr erforderlich.

Kältewelle in Amerika

Kansas City, 17. Januar. Die mittelwestlichen Staaten sind von einer neuen Kältewelle und von einem schweren Schneesturm heimgesucht worden. Hier beträgt die Temperatur 21 Grad Celsius unter Null. Bei Colby im westlichen Kansas wurden 30 Grad unter Null gemeldet.

Schluss der Haager Konferenz am Montag

Haag, 17. Januar. Es steht nunmehr so gut wie fest, daß die Schlussitzung der Haager Konferenz am Montag morgen um 9.30 Uhr oder 10 Uhr beginnen wird. Sie hat voraussichtlich rein formellen und öffentlichen Charakter. Es steht zu erwarten, daß dabei verschiedene Reden gehalten werden.

Arbeiterentlassungen bei der Gute Hoffnungs-Hütte

Essen, 17. Januar. Die Gute Hoffnungs-Hütte Oberhausen A.G. teilt mit, daß sie dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf gemäß der Stilllegungsverordnung die bevorstehende Entlassung von 150 bis 200 Arbeitern angezeigt hat. Die Sperrfrist läuft vier Wochen. Die Entlassungen würden mit dem 14. Februar beginnen.

Betriebsstilllegung im Ruhrgebiet

Siegen, 17. Januar. Nach eingehenden Verhandlungen mit dem Staatskommissar wurde heute die Stilllegung der Hochofen-, Stahl- und Walzwerkbetriebe Bremerhütte in Geisweid und Weidenau für den 1. Februar beschlossen. Von der Stilllegung werden etwa 1000-1200 Arbeiter und Angestellte betroffen. Man will versuchen, wenigstens den Betrieb der Bremerhütte in Methen aufrecht zu erhalten.

Wahrscheinliches Wetter für Sonntag

Über dem Kontinent hat sich Hochdruck entwickelt, doch zeigt sich im Westen bereits wieder eine Depression, so daß nach vorübergehender Aufhellung für Sonntag wieder unbeständiges Wetter zu erwarten ist.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Faust

Druckarbeiten

liefert rasch und billigt die W. Nieker'sche Buchdruckerei

Advertisement for G. E. G. Bündholz featuring a picture of a man and text: Mitglieder kauft noch zu alten Preisen das gute G. E. G. Bündholz. Kontakt: Hars Schmidt, Altensteig.

Advertisement for Hars Schmidt, Altensteig, offering 'Schöne Handtuchreste' and 'Inserate'.

Advertisement for Hecoma cleaning products, featuring the brand name in large letters and text: Die sparsame Hausfrau verwendet nur noch Hecoma... Verkaufsstelle: Chr. Krauß, Altensteig.

Large advertisement for 'Doranzeige Inventur-Ausverkauf' by Reinhold Hayer, Altensteig, starting on Wednesday, Jan 22, 1930.

# Der vorsichtige Sparer

sieht heute in erster Linie auf Sicherheit.

Die unbedingt sicherste Anlage für Spareinlagen verbürgt das

## Sparbuch

einer mündelsicheren, öffentlichen Sparkasse.

Die Spareinlagen fließen restlos in Form von kleinen und kleinsten Darlehen an den Mittelstand im Bezirk

Sparer, denkt hieran und unterstützt durch Eure Einlage die heimische Wirtschaft!

**Städt. Sparkasse Altensteig.**



Sportverein Altensteig Mitglied d. S. F. und L. V.



Am Sonntag, den 19. Januar 1930  
**Verbands-Spiel**

1. Fußballklub Horb gegen 1. Sportverein Altensteig  
Beginn 1/3 Uhr.

**Kirchliche Nachrichten.**  
So. Gottesdienst.

2. Sonntag, n. Ersch., 19. Jan. Vormittagsgottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über: Röm. 1, 16—25: Offenbarung; Lied 1, 107.

Nachher Kindergottesdienst. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Töchtern. Abends 1/8 Uhr Gemeinschaftsstunde.

Am Dienstag abend 8 Uhr Bibelstunde im Lutheraal. Am Freitag abend 8 Uhr Frauenabend im Lutheraal.

**Methodistengemeinde.**  
Sonntag, den 19. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr Predigtgottesdienst.

Vormittags 10 1/2 Uhr Sonntagsschule.

Abends 7 1/2 Uhr Predigt. Montag abends 8 Uhr Frauenmissionsstunde.

Mittwoch, den 22. Januar abends 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

**Stadtkapelle Altensteig**

Am Sonntag, den 19. Januar 1930, findet unsere

## Weihnachts-Feier

im Saalbau des „Grünen Baumes“ statt. Zur Aufführung gelangt dieses Jahr ein auserlesenes Programm für Blas- und Streichmusik u. a. die schöne Operette:

### „Aennchen von Tharau“

von Gebh. Schätzler-Perasio (Musik von P. J. Dietrich). Die Musik dazu wird vom gesamten Streichorchester bestritten. Voraussichtlich wird die Veranstaltung am 26. ds. Mts. wiederholt.

Saalöffnung 1/7 Uhr — — — Anfang punkt 7 Uhr  
Eintritt 1 .M.

Bin an das Telefonnet

unter **Nr. 222**

angeschlossen

**Hermann Oesterle, Nagold**

Auto-Elektro-Reparatur-Werkstätte : : : Barta-Dienst

Maria Schaible  
Friedrich Stickel

grüßen als Verlobte

Hünenberg-Egenhausen  
Januar 1930

## LUGER

### Preis-Abbau

ist unsere Parole, daher **stauend** billige Preise!

1a. feines Salatöl Liter **1.—**

Bestes am Schweineschmalz nur erste Qualitätsmarken Pfd. **74**

Alleerfeinstes deutsches Wehgerschmalz Pfund **1.08**

Garantiert reines Kokosfett Pfundtasel **55**

1a. mit der Limburger Stangenkäse Pfund **55**

nur beste Qualität

Schöne, schwere Eier 10 Stück **1.35**

Alleerfeinstes Eiermakkaroni Pfd. **55**

Eier-Gemüsenudeln Pfund **55**

(Wir führen nur reine Eierware)

Aus eigenen Kellereien: Beste gepflegte, gut gelagerte **Qualitätsweine**

1928 er Dürkheimer rot, 1/1 Flasche **50**

1928 er Edenkoberer weiß, 1/1 Flasche **55**

(10 Pfennig Pfand extra)

**5 Proz. Rabatt**

Unser Vorkauf ist die Lebenshaltung zu verbilligen!

## Württ. Volksbühne

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr im „Löwenaal“ in Nagold

2. Werbevorstellung

### Stieglitz

Schwank von Arnold und Bach

Eintrittspreise:

1. Platz 2.— M. 2. Platz 1.50 M. 3. Platz 1.— M.

## Wohin am Sonntag?

Nach Besenfeld „zum TANZ“

Löwenaal

bei Simmerfelder Jazz-Musik.

Es ladet freundlichst ein **Kilgus & Löwen**

In der Nähe Altensteigs **sommerliche 3 Zimmer-Wohnung**

mit Küche sofort zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

**Suche** auf 1. oder 15. Februar ein ehrliches, fleißiges **Mädchen**

welches auch etwas kochen kann. **Theodor Pfau, Wildbad Rennbachstr. 58.**

## Reistern. Todes-Anzeige.



Tieferschüttet geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tante, Schwester und Schwägerin

### Dorothea Hammann

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 76 Jahren von uns geschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten:

die Geschwister Hefelschwerdt.

Beerdigung Sonntag nachmittag 1/3 Uhr.

Nagold, 17. Januar 1930.

Statt Karten!

## Todes-Anzeige.



Tieferschüttet gebe ich Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treu- besorgter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

### Herr Alfred Reclam

im Alter von 49 Jahren, unerwartet rasch aus dem Leben geschieden ist.

In tiefem Schmerz:

die Gattin: Hildegard Reclam mit ihren belden Kindern Heinz und Rosemarie.

Die Beerdigung findet am Montag, den 20. Januar, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhaus aus statt.